

Der rote Blitz

Bisamberg und Klein-Engersdorf

Glyphosat im Freibad – Im Schönreden vereint!

Schuld hat – wie immer – der kleine Mitarbeiter. So die offizielle Linie, die der Geschäftsführer laut noe.ORF.at am 12. August 2025 verbreiten ließ. Dabei war von Anfang an klar, was passiert war. Trotzdem wurde das Gerücht eines Vandalenaktes gestreut und beruhigt: gesundheitlich angeblich unbedenklich. Der Chemiker der Herstellerfirma, Behörde und Polizei wurden informiert – große Show für einen klaren Fall von Führungsversagen. In der NÖN-Ausgabe 41 vom 7. Oktober 2025 erklärt der Bürgermeister von Korneuburg, 80-prozentiger Eigentümervertreter des Berndl-Bads, wie es zum Desaster kam: Ein Mitarbeiter habe ein glyphosathaltiges Mittel umgefüllt und später versehentlich verwendet. Das klingt dumm, sagt er selbst, aber gesundheitlich sei alles kein Problem. Warum die Wiese braun ist, weiß er nicht zu erklären. Auch der Bisamberger Bürgermeister gesteht den Fehler des Mitarbeiters ein und betont, Eigentümervertreter und Badbeirat hätten „operativ nichts damit zu tun“. Die Frage bleibt: Was tut der Badbeirat eigentlich? Beide Gemeinden werben mit



„Natur im Garten“. Ironie? Nein – Realität in Niederösterreich. Rechtsbruch statt „Missgeschick“: Seit 2021 ist das Gesetz eindeutig. Nach §3 (4) des Pflanzenschutzmittelgesetzes 2011 ist das Inverkehrbringen und Verwenden von Glyphosat

1. § 3 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Verboten ist das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Glyphosat 1. hinsichtlich der Indikation Voremtebehandlung, einschließlich „Sikkation“, sofern das Erntegut für Lebens- oder Futtermittelzwecke bestimmt ist.

2. für den Anwendungsbereich auf Flächen, die von der Allgemeinheit oder von gefährdeten Personengruppen im Sinne von Art. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 genutzt werden. Das sind öffentlich zugängliche Sport- und Freizeitplätze, Schwimmbäder, Kinderbetreuungseinrichtungen, Bildungseinrichtungen, Kinderspielplätze, Parks- und Gartenanlagen, Friedhöfe, Einrichtungen der Behindertenhilfe, Einrichtungen der Altenbetreuung, und Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen;

3. für den Haus- und Kleingartenbereich;

4. für die nicht-berufliche Verwendung, sofern kein Sachkundenausweis vorliegt.

Bestehende Zulassungen für Pflanzenschutzmittel, die den Wirkstoff Glyphosat enthalten, sind vom Bundesamt für Ernährungssicherheit von Amts wegen bis spätestens 2 Monate nach Inkrafttreten dieser Bestimmung anzupassen.“

2. In § 15 Abs. 1 lit. n wird nach dem Wort „entgegen“ die Wortfolge „§ 3 Abs. 4.“ eingefügt.

3. § 18 wird folgender Abs. 17 angefügt:

„(17) Die Aufbrauchfrist gemäß Art. 46 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 für Pflanzenschutzmittel, die nicht den Anforderungen des § 3 Abs. 4 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2020 entsprechen, endet mit Ablauf des 15. Dezember 2021.“

auf öffentlich zugänglichen Flächen, darunter Schwimmbäder, verboten. Glyphosat hätte nicht mehr im Berndl-Bad sein dürfen! Also: Wurden die Mitarbeiter jemals über das Verbot informiert?

Gibt es eine Anweisung zur Entsorgung? Hat der Geschäftsführer kontrolliert? Wo war der Badbeirat? Wenn kein Glyphosat im Bad ist, kann es auch nicht „versehentlich“ verwendet werden. Trotzdem wird die Verantwortung abgeschoben. Dienstaufsicht? Fehlanzeige. Wieder einmal drücken sich Verantwortliche und schieben die Schuld nach unten. Strafrechtliche Konsequenzen? §15 des Gesetzes: Verstöße sind verwaltungsstrafbar. Glyphosat wurde eingesetzt – Konsequenzen müssen folgen. Nicht für den „kleinen Mann“, sondern für jene, die ihn in diese Lage gebracht haben. Im AGES-Prüfbericht vom 25. August 2025 wurden zudem Deltamethrin, Diphenylamin und Fluroxypyr festgestellt. Was diese Chemikalien in einem öffentlichen Bad zu suchen haben, bleibt unbeantwortet. Fazit: Ein Mitarbeiterfehler war das sicher nicht allein. Das war Versagen – von oben bis unten. Wer Gesetze ignoriert und Verantwortung abschiebt, macht sich unglaublich. Die BürgerInnen und Bürger verdienen Transparenz und Konsequenzen für die wirklich Verantwortlichen.

Diversions August

Die Geschichte vom lieben Augustin, der in angeheitertem Zustand in eine Pestgrube stürzte, dort einschlief und wie durch ein Wunder gesund überlebte, kennt wohl jeder. Dass er ungeschoren davonkam, kann man nicht als eigene Leistung bezeichnen. Der August Wöginger ist zwar auch wie durch ein ÖVP-Justizwunder mit einer Diversion davongekommen, hier scheint aber ein klares Versagen unseres Justizsystems vorzuliegen. Diversion ist für Lausbubenstreiche und für Vergehen vorgesehen, bei denen niemand zu Schaden kommt. Im Fall des August Wöginger, dessen Intervention (samt Mithilfe zweier weiterer ÖVP Sympathisanten) dazu geführt hat, dass die besser qualifizierte Kan-

didatin nicht die Leiterin des Finanzamts Braunau wurde, son-

Diversion ist kein Freispruch!

**Korruptionsbekämpfung made in Austria:
Man vergleiche sich, zahle eine Buße und erklärt die Debatte für beendet?**

dern ein ÖVP Bürgermeisterfreund. Es ist hier ein Schaden für die übergangene Kandidatin, als auch für den Staat Österreich entstanden. Und August Wöginger bestritt zuerst jeden Postenschacher, aber erst, nachdem die Beweislage samt Aussagen der Kronzeugen so dicht war, dass keine andere Wahl mehr blieb, gab er halbherzig die Einflussnahme zu und suchte um Diversion an. Hier

liegt ein klarer Fall von Fehlurteil vor, jedem anderen Täter hätte die zu späte Reue nicht vor einer Verurteilung geschützt. Das letzte Diversions-Skandalurteil stammt aus Niederösterreich. Hier kam es zu einer Diversion für die Geschäftsführer der Kwizda-Agro, die die Verseuchung des Grundwassers im Bezirk Korneuburg durch Schlamperi so lange bestritten hatten, bis die Beweislage erdrückend war und sie einlenken mussten. Die Justiz hat dringenden Handlungsbedarf, die Regeln für die Diversion strenger im Sinne des Gesetzgebers auszulegen. Und August Wöginger soll für den Schaden, den die Republik Österreich an die besser qualifizierte Kandidatin bezahlt hat, aus seiner eigenen Tasche aufkommen.

Entsiegelung nicht notwendiger Flächen

Es gibt auch in Bisamberg und Klein-Engersdorf Asphaltflächen, die zu groß dimensioniert oder in der vollen Fläche nicht notwendig sind – hier besteht die Möglichkeit der Entsiegelung. Gerade bei Parkflächen gibt es auch im Bezirk schon einige Beispiele, wie diese so entsiegelt werden können, dass Wasser abfließen und versickern kann, und sich die Flächen nicht mehr extrem erhitzen. Gerade der Gemeindeparkplatz

gehört dringend entsiegelt und verändert, in diesem Zusammenhang kann auch über einen Fußgängerbabgang zur Bushaltestelle bzw. Apotheke nachgedacht werden.



Mietpreisbremsen umgesetzt!

Andreas Babler hat es 2025 mit der SPÖ in der Regierung geschafft, mit neuen Gesetzen den extremen Preisanstieg bei Mieten endlich zu bremsen, das ungebremste Durchrauschen der Mietpreise 2023

und 2024 unter der ÖVP-Grünen Regierung hat zu einer extrem hohen Inflation und schlechteren Wettbewerbsbedingungen für Österreich und zu extrem hohen Mieten geführt

ADVENTFAHRT am 13.12.2025

Abfahrtszeit: 12.45 Uhr Kaiserallee
12.50 Uhr Nussallee
12.55 Uhr Apotheke
13.00 Uhr Klein Engersdorf – Gasthaus Harry

WEIHNACHTSMARKT EISENSTADT

Der Christkindlmarkt in der historischen Altstadt von Eisenstadt verbreitet vorweihnachtliche Stimmung mit traditionellem Handwerk und kulinarischen Köstlichkeiten.
14.00 Uhr – 15.30 Uhr: Besuch Adventsmarkt Fußgängerzone Eisenstadt
Weiterfahrt nach Rust – Neusiedler See

RUSTER ADVENTMEILE

In den malerischen Bürgerhäusern findet man exquisite und feine Weihnachtsmärkte, Adventshütten in der Kirchengasse laden zum Verweilen ein.
16.00 Uhr – 18.00 Uhr: Rückfahrt ab Rust

Rückfahrtzeit: 19.30 Uhr Bisamberg

KOSTENBEITRÄG BUS € 30,00



Anmeldungen: Elisabeth Prohaska Tel. 0664/736 24 715

SPÖ BISAMBERG / KLEIN ENGERSDORF



OFFEN GESAGT

von

Martin Kernreiter

martin.kernreiter@aon.at

06509630728

Nie wieder Clyposat im Florian-Berndl-Bad

Bis Ende Juni 2025 war die Welt im Berndl Bad noch in Ordnung – ein heißer Sommer, viele zufriedene Badegäste, die Liegewiese sattgrün.

Ende Juli 2025 (genaues Datum wurde bis heute nicht genannt) ist dann wieder etwas passiert, trotz gesetzlichem Verbot wurde ein Unkrautvernichtungsmittel in scheinbar viel zu hoher Dosis eingesetzt. Einige Tage nach der Anwendung war trotz starkem Regen im Juli und Bewässerung die Liegewiese plötzlich so trocken wie das Gras in der afrikanischen Steppe.

Der Glyphosateinsatz ist in öffentlichen Bädern seit 2021 gesetzlich verboten, trotzdem wurde es im Berndl Bad weiterhin aufbewahrt und nicht gesetzeskonform entsorgt.

Die Vorgangsweise kann als grob fahrlässig bezeichnet wer-



den, das Mittel hätte vom Badgeschäftsführer bei der jährlich durchzuführenden Inventur aufgezeichnet und entsorgt werden müssen.

Ein bis drei Wochen wurden die Badegäste über die Situation im Unklaren gelassen, erst ein Presseartikel vom 8. August 2025, als die SPÖ Bisamberg auf den Fall aufmerksam machte, brachte den Stein ins Rollen. Obwohl die Proben von der AGES erst am 14. August 2025 gezogen wurden, wurde von Anfang an behauptet, das Betreten der Liegewiese sei unbedenklich, es bestehe keine Gefahr. Es wurde auf Experten verwiesen, die jedoch bis heute nicht genannt wurden (das AGES Gutachten erwähnt keine Unbedenklichkeit, sondern stellt die Ergebnisse der Proben fest). Erst am 1. September 2025 ist

eine Pressemitteilung erfolgt, nachdem zuvor noch von einem Vandalenakt gesprochen wurde, der nach Polizeiermittlungen sich als grober Fehler eines Mitarbeiters des Florian- Berndl-Bads herausgestellt hat.

Die SPÖ fordert die beiden ÖVP Bürgermeister als Bad-Gesellschaftsvertreter dazu auf sicherzustellen dass zukünftig Umweltgesetze eingehalten werden. Darüber hinaus darf es auch nie wieder vorkommen, die Bevölkerung und die Badbesucher mehrere Wochen (zumindest Ende Juli bis zumindest 8. August 2025) über solche Unfälle im Unklaren zu lassen – die Liegewiese hätte zumindest für 2 Wochen aus Vorsicht für Kinder und Kleinkinder gesperrt werden müssen.

VON PFLANZENSCHUTZMITTEL IM FLORIAN BERNDL BAD – KEINE GESUNDHEITSGEFAHR FÜR GÄSTE

Im Florian Berndl Bad kam es kürzlich aufgrund eines Anwendungsfehlers zur Verwendung eines Pflanzenschutzmittels, das nicht für die Liegewiese vorgesehen war. Infolge dieser fehlerhaften Anwendung ist die Wiese auf dem Areal verdorrt.

Nach sofortiger Rücksprache mit Chemikern des Herstellers und Experten der BH Korneuburg kann klar festgehalten werden: Zu keiner Zeit bestand eine Gefahr für die Gesundheit unserer Gäste. Der Badebetrieb war und ist in dieser Hinsicht jederzeit sicher.

Derzeit arbeiten wir gemeinsam mit Fachleuten an einem Sanierungskonzept, um die Liegewiese schnellstmöglich wieder in den gewohnten, einladenden Zustand zu versetzen. Unser Ziel ist es, den Besucherinnen und Besuchern bald wieder das volle Badevergnügen in gewohnter Qualität bieten zu können.



**Gute Arbeit.
Faire Löhne.**



In unserem Bezirk fehlen noch viele Ampeln mit Grünpfeilen zum Rechtsabbiegen für Radfahrende. Hier hat Niederösterreich dringenden Handlungsbedarf um als Radland voranzukommen.

Gemeinde Bisamberg HILFT!

Gemeinde Bisamberg HILFT! Sozial bedürftige Hauptwohnsitzer in Bisamberg können einen einmaligen Heizkostenzuschuss von € 200,00 für 2025/26 sowie eine 50%ige Kanalgebühren-Ermäßigung beantragen. Zusätzlich gibt es vom Land NÖ einen Heizkostenzuschuss von € 150,00.

Anspruch haben EmpfängerInnen von Ausgleichszulage, Mindestpension, Arbeitslosenversicherung (bei niedrigem Einkommen) und sonstige EinkommensbezieherInnen unterhalb der Einkommensgrenzen: Beantragung: Gemeindeamt Bisamberg,

1.10.2025–31.3.2026 (Heizkostenzuschuss); Kanalgebühren-Ermäßigung bis 31.12.2025. Formulare und Richtlinien am Gemeindeamt oder unter <https://www.bisamberg.at/>. Bitte Einkommensnachweis und Ausweis mitbringen.

Für Fragen steht das Bürgerservice zur Verfügung : Tel: 02262 62000 DW200



Der ASVG-Ausgleichszulagenrichtsatz beträgt ab 01. Jänner 2025 monatlich brutto.

	Einkommens-höchstgrenze	...bei BezieherInnen nach ALVG oder von Kinderbetreuungsgeld etc.
Alleinstehend	€ 1.273,99	€ 1.486,32
Ehepaar, Lebensgefährte	€ 2.009,85	€ 2.344,83

Raus aus Öl und Gas – Gemeinde bei Beratung gefordert!

Die Netzgebühren steigen bei immer weniger Gaskunden bald in unerreichbare Höhen. Daher sind die Gemeinden gefordert, die Beratung zum Ausstieg aus Öl und Gas vermehrt anzubieten, vor allem bei Mehrparteienhäusern fehlt es an

sinnvollen Alternativen zum Ausstieg aus Gas und Förderungen seitens Bund, Länder und Gemeinde, aber auch Einfamilienhäuser benötigen Beratung und Förderungen. Hier ist die Gemeinde Bisamberg und das Land Niederösterreich dringend zum Handeln aufgerufen.



E-Car Sharing und E-Ladestationen für Mehrparteienhäuser in Bisamberg

Für kurze Fahrten zum Arzt, zum Einkaufen und für kleine Ausflüge werden eigentlich keine eigenen Autos benötigt. E-Car Sharing, also das Mieten und Teilen von Fahrzeugen, wie bereits erfolgreich vor 2020 in Bisamberg umgesetzt (aber am falschen Standort) wäre für große Siedlungsgebiete wie der Kaiserallee 23 und den Schloßpark in Bisamberg mit einer großen Anzahl an Bewohnern eine Chance, sich ein Zweitauto und Tausende Euro zu ersparen.

Bei den bisher in 110 Gemeinden umgesetzten Modellen gibt es eine kleine Jahresgebühr (250 bis 300 Euro) und eine geringe Gebühr pro gefahrenem Kilometer bzw. pro genutzter Stunde. Die SPÖ Bisamberg fordert daher den Gemeinderat auf, wieder ein E-Car-Sharing Projekt umzusetzen, und auch eine E-Ladestation in der Kaiserallee 23 und dem Schloßpark für ein E-Car-Sharing bereitzustellen.



Familienfest der SPÖ Bisamberg

Bei strahlendem Wetter fand unser traditionelles Familienfest der SPÖ Bisamberg am Spielplatz Setzgasse statt. Das SPÖ Team war wieder voll im Einsatz, um den BesucherInnen einen unvergesslichen Nachmittag zu bereiten. Von der beliebten Luftburg über Kinderschminken bis hin zu vielen weiteren Attraktionen war für die Kleinsten bestens gesorgt. Auch

kulinarisch kamen die Gäste nicht zu kurz. Würstel und Pommes sorgten für Stärkung bei Jung und Alt. Als Ehrengast konnten wir Bundesrat Martin Peterl begrüßen. Es gab Spiel, Spaß und gute Gespräche in geselliger Atmosphäre – ein spannender Nachmittag mit vielen Attraktionen und bester Stimmung für die ganze Familie.



Halloween Fackelzug der Kindfreunde Bisamberg!

Trotz der Herbstferien ließen es sich viele Familien mit Kindern nicht nehmen Kindfreunde Halloween-Fackelzug teilzunehmen. Viele gruselige Verkleidungen waren zu sehen, Erfrischungen und Gratissüßigkeiten für die Kinder wurden zur Verfügung gestellt. Die Veranstaltung fand großen Anklang und es bedankten sich auch Eltern für die gute Organisation. Die Kindfreunde freuen sich auf ein Wiedersehen.



Gastronomie im Ort – neuer Pächter?

Die Wiederbelebung der Palette als Kommunikationsort ist wohl gescheitert. Der neue Eigentümer ist bedauerlicherweise verstorben. Beim gemeindeeigenen Restaurant steht der Pachtvertrag kurz vor dem Abschluss. Nach mehrfacher Pächter-Suche für den Schlosswirt besteht nun Hoffnung: Im Gemeinderat wurde nach eingehender Diskussion beschlossen in Verhandlungen zu einem Vertragsabschluss mit dem Caterer einzutreten, wobei gewisse Bedingungen seitens der SPÖ erfüllt werden müssen auch FPÖ und NEOS unterstützen das. Unsere Zustimmung zum Pachtvertrag gibt es nur wenn das Gasthaus fünf Tage offen bleibt, bei Schließung wird der Pachtvertrag aufge-

löst. Die Vereine haben Vorrang für die Nutzung und für Veranstaltungen bei rechtzeitiger Anmeldung. Die Interessen der Vereine sind für uns wichtiger als die Geschäftsinteressen des Pächters. Der Firmensitz soll nach Bisamberg verlegt werden, was der Gemeinde steuerlich zugutekommt. Warum sämtliche Kästen der Vereine geräumt werden müssen, entzieht sich unserer Kenntnis, da die Verwendung dieser Räumlichkeiten durch den zukünftigen Pächter unattraktiv scheinen. Die

Gemeinde gibt aber in jedem Fall eine flexible Benützung des Objektes auf. Die Zustimmung der SPÖ zur Vertragsunterzeichnung hängt von der Einhaltung der Bedingungen, die zugesagt wurden ab und soll in der Dezembersitzung entschieden werden.

Gemeinderat sagt Ja zum neuen Wirt

Nach intensiven Verhandlungen hat der Gemeinderat die Verpachtung der Gastronomie im Schloss Bisamberg an die noch zu gründende „Schlosswirt Bisamberg GmbH“ beschlossen. Ein erfahrener Partner soll den historischen Standort zu neuem Leben erwecken.

VON BERNHARD PREIMER

BAHNFRÜHLING Lange Zeit stand das Schloss leer und wurde still, wenn es noch kulinarische Angebote und gesellschaftliche Veranstaltungen gings. Nun rechnet sich aber mit Ende dieser Dämmerungszeit eine weitere Nutzung am 29. September hier der Bisamberger Gemeinderat der anstehende Vertragspartner aus der Zukunft her.

„Die Schlossgaststätte soll nach einer Modernisierung wieder kulinarisch dargestellt werden.“ Foto: Preimer

Fragestellungen werden soll. Bürgermeisterin Barbara Stettner überzeugt die Gäste an seinem Vize-Kopf: Hier, der die Verhandlungen mit dem neuen Pächter führt.

Festsaal soll kulturelles Zentrum werden

Gepflegt ist ein klassisches 840er-Angebot, das von modernen Gastronomieangeboten bis hin zu einem Kino reicht. „Wir freuen uns, dass dieser bedeutende Standort zu einem kulinarischen und gesellschaftlichen Zentrum wird.“ Der Start des neuen Gastronomieangebotes ist für Ende November angesetzt.



OFFEN GESAGT von **Adrian Kainz**

Bürgerinitiative Eine Hundezone für Bisamberg

Wenn Ihr nicht gehört werdet, sind wir eure Stimme. Als ehemaliger Hundehalter und Tierfreund ist mir die zu Grunde liegende Situation der Hundehaltung in unserer Gemeinde eine Herzensangelegenheit. Meine Beziehung zu Hunden begann vor vielen Jahren. Ich hatte mehrere Patenschaften in einem Wiener Tierheim um mich um sogenannte Listenhunde, die teilweise als schwer oder nicht resozialisierbar galten zu kümmern. Meine Wochenenden verbrachte ich mit ihnen und mit viel Liebe und Zuneigung regten sich wieder positive Gefühle in den teils schwer durch

Menschen traumatisierten Vierbeinern. Bis vor einigen Jahren hielt ich gemeinsam mit meiner Frau selbst einen „Problemhund“ in Bisamberg. Da fiel mir zum ersten Mal die infrastrukturelle Problematik in unserer Heimatgemeinde auf. Die



unsinnig lächerlichen Fantasie-Hundeverbotstafeln z.B. am Donaugrabendamm und das fehlen einer sicheren Freilaufmöglichkeit. Nicht jeder verfügt über einen großen Garten und dieser bietet auch nicht die Möglichkeit das eigene

Tier mit anderen zu sozialisieren. Da man den Hund aus Sicherheitsgründen nicht einfach ableinen darf erwächst für viele Hundehalter somit ein Problem. Man ist gezwungen sich in umliegenden Gemeinden zu begeben, um dort eine Freilaufanlage zu besuchen. Vor allem geht es um die Sicherheit für Mensch und Tier, einer vernünftigen Sozialisierung sowie unserem Apell zur Solidarität unter TierhalterInnen. Wir wollen mit dieser Initiative auch einen positiven Beitrag zur Infrastruktur und Sauberkeit im Gemeindegebiet, Stichwort Hundekot, leisten. Bereits bei der letzten Gemeinderatswahl nahmen wir die Idee der Hundezone Bisamberg Klein-Engersdorf in unser Programm auf. Im Juli dieses Jahres waren wir uns restlos sicher auf das richtige Thema gesetzt zu haben als in der Zeitung Mein Bezirk ein Artikel, ausgerechnet zu unserer Forderung samt Leserbriefen aus Bisamberg erschien.

Pensionistenverband Österreich-Ortsgruppe Bisamberg

Der Pensionistenverband Ortsgruppe Bisamberg lud zum Vortrag „SICHER IN DEN BESTEN JAHREN“ GEMEINSAM SICHER mit unserer Polizei. Neffentrick, falsche Polizisten oder

Internetbetrug, immer häufiger werden besonders ältere Menschen Opfer von Betrügern und verlieren ihre Ersparnisse und den Schmuck. Wie man sich schützen kann, erfuhren die Bisamberger Pensionisten durch den Vortrag der Polizei. Im Anschluss konnte bei Kaffee und Kuchen gefragt und diskutiert werden. 14 täglich finden Clubnachmittage im Betreuten Wohnen statt. Alle Infos am Anschlagkasten/ Haltestelle Apotheke oder 06509630728



**pensionisten
verband**
ÖSTERREICH'S
OG BISAMBERG

GEMEINSAM NICHT EINSAM

AUFTAKT 5

Leserbrief

Eine Leserin zur problematischen Situationen im Umgang mit Hunden im Ort.

BISAMBERG. Ein besonders großes Problem stellen abgeleinte Hunde dar, die nicht abrufbar sind, weil sie nicht gehorchen. Ich selbst führe meine Hündin immer an der Leine, um sie besser kontrollieren zu können, da sie nicht mit jedem Hund verträglich ist. Wenn dann ein anderer Hund ohne Leine mit voller Geschwindigkeit auf uns zurent - und vom Besitzer nicht zurückgerufen werden kann aufgrund mangelnder Erziehung -, entsteht eine hochgefährliche Situation. Für meine Hündin bedeutet das enormen Stress, und auch ich als Halterin fühle mich in solchen Momenten völlig im Stich gelassen. Dabei gilt in Niederösterreich eine gesetzliche Leinen- bzw. Maulkorbpflicht im Ortsgebiet - doch viele scheinen sich dessen nicht bewusst zu sein oder ignorieren sie. Zudem laufen in manchen Straßen immer wieder Hunde unbeaufsichtigt vor dem Haus herum oder brechen sogar

aus nicht ausreichend gesicherten Gärten aus. Das ist nicht nur für andere Hundehalter unangenehm, sondern auch gefährlich - für Kinder, Radfahrer oder ältere Menschen, die sich durch freilaufende Hunde erschrecken oder gefährdet fühlen.

Mein Eindruck ist leider

Viele Hunde in Bisamberg sind nicht ausreichend sozialisiert. Und das ist kein Vorwurf an die Tiere, sondern ein strukturelles Problem. Es fehlt schlicht an einem geeigneten Raum zur Begegnung, zum kontrollierten Freilauf und zur positiven Sozialisierung - nämlich an einer Hundezone in der Ortschaft. Eine Hundezone wäre nicht nur ein Ort für artgerechte Bewegung, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Erziehung, zum sozialen Lernen unter Hunden und zur Entlastung des öffentlichen Raums. In einer wachsenden Gemeinde wie Bisamberg sollte das längst selbstverständlich sein. Ich hoffe, dass dieser Missstand bald ernst genommen wird - im Sinne aller Beteiligten, ob mit oder ohne Hund.



OFFEN GESAGT
von
Edith Jungwirth

Donaugraben und Hochwasserschutz

Der Donaugraben in Bisamberg ist Teil eines 20 km langen Dammsystems, das im Zuge der Donauregulierung als Hochwasserschutz errichtet wurde. Er stellt den letzten Rest des von Karnabrunn her geflossenen Donauarmes dar und erstreckt sich über die Gemeinden Harmannsdorf, Stetten, Korneuburg, Bisamberg und Langenzersdorf. Während mehrerer Extremwetterlagen hat sich der Donaugraben als funktionstüchtiger Schutz erwiesen. Dies soll aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass er in die Jahre gekommen ist, wie die im Jahr 2023 angeordneten geotechnischen Untergrunduntersuchungen erge-

ben haben. Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass zwar keine akute Gefahr eines Dammversagens besteht, dass allerdings Gänge im Dammsystem, die von verschiedenen Tieren gegraben wurden, ein strukturelles Risiko darstellen. Das Starkregenereignis im Herbst 2024 brachte die Belastbarkeit des Donaugrabens an ihr Limit. Die schweren Unwetter und der damit verbundene Wasserrückstau belasteten den Graben so schwer, dass er brach und mit bis zu 10.000 Sand säcken (wie in den Medien berichtet wurde) gesichert werden musste.



Daraus lässt sich schließen, dass Handlungsbedarf besteht, auch wenn der Donaugraben derzeit seine Schutzfunktion erfüllt. Die Kombination aus klimatechnischen Veränderungen, tierischen Einflüssen und Alterung machen eine umfassenden Sanierung zu einer Notwendigkeit, um die Sicherheit der Bevölkerung und der bestehenden Infrastruktur zu gewährleisten. Eine Information der BürgerInnen über den neuesten Stand der letzten Untersuchungen und der damit verbundenen Ergebnisse ist dringend gefordert.



Föderalismus-Bremse

Der Bremsklotz unserer Entbürokratisierung ist der Föderalismus. Für alle Bereiche braucht es neun Landesgesetze, neun Landesverwaltungen, hunderte Bezirksverwaltungen. Das ist schon lange nicht mehr zeitgemäß und dient ausschließlich den politischen Parteien für ihre Versorgungsposten. Wir haben EU-, Bundes-, Landes-, Bezirks- und Gemeindeverwaltung. Österreich benötigt weder neun Länderverwaltungen noch die unzähligen Bezirksverwaltungen. Eine Ebene mindestens sollte aufgelöst werden und die Aufgaben entweder eine Ebene höher oder eine Ebene darunter aufgeteilt. Doppelgleisigkeiten gehören

beseitigt, Landesgesetze in der Hälfte der Fälle auf Bundesebene geregelt (z. B. Raumordnung, Wasserrecht, Baurecht, Jagd, Jugend- und Naturschutz, etc.). Die neun Bundesländer könnten

in drei Verwaltungseinheiten eingeteilt werden (Ost, Mitte, West). Dieser notwendigen Reform muss sich die ÖVP endlich stellen, hat aber bisher alle diesbezüglichen Bemühungen blockiert.



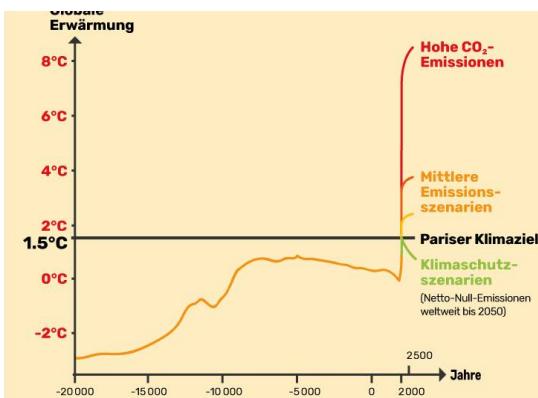
Klimawandel: Fakten, Ignoranz und Handlungsspielraum



Seit den späten 1970er Jahren hat die Erdöllobby aktiv dazu beigetragen, den Klimawandel zu verharmlosen und politische Unterstützung bei ÖVP und FPÖ gefunden. In Österreich verursachen Unwetter, Dürren und Überschwemmungen bereits jährliche Schäden von rund einer Milliarde Euro. Trotz des 2015 von 195 Staaten beschlossenen

1,5-Grad-Ziels steuert die Welt ohne ausreichenden Klimaschutzmaßnahmen auf eine Erwärmung von 3 Grad zu – für Österreich bedeutet das Kosten von 10 Milliarden Euro jährlich. Die Wirtschaft wird unter diesen Bedingungen nicht

mehr wie gewohnt funktionieren können. Trotzdem wird mehr Geld für die Kriegswirtschaft ausgegeben als für den Klimaschutz, obwohl die Folgen des Klimawandels nicht mit einem Waffenstillstand enden. Gletscher und Korallen sind bereits verloren, daher ist Handeln dringend nötig. stärken die regionale Wirtschaft. **Die gute Nachricht**



Jeder kleine Beitrag im Klimaschutz hat große Auswirkungen, wenn von vielen Menschen umgesetzt wird.

- Weniger Fleisch essen ist dazu gut für die Gesundheit
- Mehr zu Fuß gehen und Rad fahren fördert die Gesundheit
- Öffentliche Verkehrsmittel benutzen senkt das Unfallrisiko und sorgt für bessere Luft, weniger Lärm und Schadstoffe
- Langsamer fahren, ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 90 km/h auf Bundesstraßen, 30 km/h auf Nebenstraßen von Gemeinden, kann viele Tote und Verletzte im Straßenverkehr verhindern
- Nicht jedes Kleidungsstück dass im Internet bei Versandhändlern bestellt wird, muss gekauft werden, das würde Müllberge verkleinern
- Regional und saisonal kaufen fördert Arbeitsplätze im Bezirk und in der Region



Runter mit den Lebensmittelpreisen

Die SPÖ versucht in der Regierung mehr Druck auf den Lebensmittelhandel auszuüben, um Preise zu senken. Die REWE Gruppe hat erste Preissenkungen in Aussicht gestellt, wichtiger ist aber, dass die EU eingreift, und unterschiedliche Preise, für dasselbe Produkt in unterschiedlichen Ländern unterbindet.



SPÖ Bisamberg,
2102 Bisamberg, Hauptstrasse 34
bisamberg@noe.spoe.at



www.bisamberg.spoe.at